



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages von Niederösterreich

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 22.07.2026

Zu Ltg.-535-1/XX-2024

K1-A-73/027-2024

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

2

E-Mail: post.k1@noel.gv.at

Bürgerservice: 02742/9005-9005

Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

Bezug

LAD1-SE-306000/261-2024

BearbeiterIn

**Mag. Hermann
Dikowitsch**

(0 27 42) 9005

Durchwahl

13106

Datum

14. Juli 2026

Betrifft

**Maßnahmen zum Kampf gegen Antisemitismus, Faschismus und zur Stärkung des
jüdischen Gemeinde- und Kulturlebens in Niederösterreich,
Entschließung des NÖ Landtages**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 24. Oktober 2024, Ltg.-535-1/XX-2024 hat die NÖ Landesregierung der zuständigen Abteilung Kunst und Kultur des Amtes der NÖ Landesregierung mit Schreiben vom 25. Oktober 2024 diese Resolution zur Vollziehung im Einvernehmen mit der Abteilung Schulen und der Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen übermittelt.

Zu dieser Resolution darf wie folgt Stellung genommen werden:

Die Stärkung jüdischen Gemeinde- und Kulturlebens ist seit langer Zeit ein wichtiges Aktivitätsfeld der Niederösterreichischen Landesregierung. So wurde bereits in den 2000er-Jahren die Synagoge Baden revitalisiert, zuletzt, von 2022 bis 2024, erfolgte die Restaurierung der ehemaligen Synagoge in der Landeshauptstadt St. Pölten. Parallel zu diesen Vorhaben werden die jüdischen Friedhöfe in Zusammenarbeit mit dem Nationalfonds der Republik und der Israelitischen Kultusgemeinde saniert. Als jüngste

Projekte dieser Art seien die Wiederherstellung des neuen jüdischen Friedhofs und die Neugestaltung sowie künstlerische Kennzeichnung des alten jüdischen Friedhofs von St. Pölten genannt. Beide Vorhaben wurden 2024 abgeschlossen. Zudem wurde ein Treffen der Mitglieder und der Nachfahren der Mitglieder der ehemaligen Israelitischen Kulturgemeinde St. Pölten organisiert.

Die ehemalige Synagoge, die organisatorisch der NÖ Museum Betriebs GmbH zugeordnet ist, ist inzwischen als Fixpunkt für die Auseinandersetzung mit jüdischer Kultur etabliert. Neben der Dauerausstellung bietet sie (bzw. wird bieten) jährliche Wechselausstellungen und das Festival jüdischer Musik „Jewish Weekends“. Ebenso soll die Synagoge Baden – insbesondere im Kulturbereich – weiter unterstützt werden. Überdies soll die Sanierung weiterer jüdischer Friedhöfe in Niederösterreich vorangetrieben und durch Vermittlungsaktivitäten, wie etwa in Klosterneuburg bereits etabliert, ergänzt werden.

Die aktive Arbeit zum Gedenken an die Opfer und Verbrechen des Nationalsozialismus und die Befassung mit Zeitgeschichte sind ebenfalls seit langer Zeit zentrale Handlungsfelder der Niederösterreichischen Landesregierung. Als Meilensteine seien hier die Unterstützung der Arbeit des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs und die Einrichtung des Hauses der Geschichte im Museum Niederösterreich genannt. Auch wird das Mauthausen-Komitee Österreich alljährlich bei der Durchführung der Gedenkfeier in Mauthausen ebenso wie an zahlreichen in Niederösterreich gelegenen Nebenlagern – hier in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen – unterstützt.

Darüber hinaus lag im Jahr 2025 ein besonderer Schwerpunkt auf der Zeitgeschichte. Es jährt sich das Ende der NS-Diktatur und die Befreiung Österreichs zum 80. Mal. Zudem ergaben sich auch in Bezug auf die Jahre 1955 mit dem Staatsvertrag, 1995 mit Österreichs EU-Beitritt und 2005 mit der Umsetzung der EU-Osterweiterung „runde“ Jubiläen. Die Niederösterreichische Landesregierung nahm diese zum Anlass, ein Jahr der Zeitgeschichte umzusetzen. Unter dem Motto „Erinnern für die Zukunft“ entstand ein dichtes, landesweites Geflecht an Ausstellungen, Veranstaltungen, digitalen Angeboten und Bildungsprojekten.

Digitales Herzstück der Initiative ist die Plattform www.erinnernfuerdiezukunft.at. Dort finden sich historische Fakten zu den Erinnerungsjahren, alle wesentlichen Ausstellungen und Veranstaltungen des Jahres 2025, Podcasts, ORF-NÖ-Beiträge aus „100 Jahre Niederösterreich“, Buchempfehlungen und Hintergrundartikel sowie ORF-TV- und Radiospots zur Zeitgeschichte des Landes.

In Abstimmung mit Institutionen des Landes, zahlreichen NÖKU-Betrieben, Stadt- und Gemeindemuseen sowie Vereinen wurden an 35 Standorten Dauer- und Sonderausstellungen mit zeithistorischen Inhalten präsentiert. Flankierend gingen mehr als 90 Vorträge, Konzerte, Gedenkveranstaltungen, Buchpräsentationen, Symposien, Diskussionen und Vermittlungen zu zeithistorischen Themen über die Bühne. An 16 der genannten 35 Standorte waren explizit die NS-Zeit, der Zweite Weltkrieg und NS-Verbrechen Thema der Ausstellungen. Von den genannten mehr als 90 Veranstaltungen widmeten sich 49 direkt der NS-Zeit und dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

Die Initiative zeigte auf exemplarische Weise, wie Erinnerungskultur in Zukunft aussehen soll: regional verankert, digital zugänglich, wissenschaftlich fundiert und gesellschaftlich breit getragen. Neben den unmittelbaren Effekten in Gestalt von Vernetzung und besserer Sichtbarmachung der Gedenk- und Erinnerungskultur erbrachte „Erinnern für die Zukunft“ auch wesentliche Anstöße zur weiteren Etablierung der Thematik auf politischer, gesellschaftlicher und administrativer Ebene.

In diesem Sinne wurden im Rahmen der NÖ Landesausstellung 2026 im Landeskrankenhaus Mauer ein Forschungsprojekt über die NS-Euthanasie-Verbrechen unterstützt und eine permanente Gedenkstätte für die Opfer eingerichtet. Für die nahe Zukunft ist vorgesehen, dass die KZ-Gedenkstätte Mauthausen als zuständige Einrichtung beim Ausbau des Vermittlungsangebot beim ehemaligen Außenlager Melk, dem größten auf niederösterreichischem Boden, unterstützt wird, um insbesondere Schülerinnen und Schüler über die Verbrechen der NS-Zeit aufzuklären. Zu diesen Schwerpunktprojekten gesellen sich mehrere lokal getragene Initiativen, die an unterschiedlichen Orten Gedenkarbeit leisten und dafür Unterstützung seitens des Landes Niederösterreich erhalten.

Die Forderungen der letzten beiden Punkte der Resolution des Landtages wurden von der Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen sowie von der Abteilung Schulen die Anliegen an die Bundesregierung herangetragen, von dieser dem Ministerrat zur Kenntnis gebracht und den zuständigen Ressorts zugeteilt. In der Folge sind bei den Abteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung Stellungnahmen des Bundesministeriums für Inneres (GZ 2025-0.059.919, Beilage 1) sowie des Bundesministeriums für Bildung (GZ 2025-0.213.246, Beilage 2), mit denen Unterstützung bekräftigt und auf die diesbezüglichen Aktivitäten und Angebote der jeweiligen Ressorts hingewiesen wurde, eingegangen.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Mag.^a T e s c h l - H o f m e i s t e r
Landesrätin

A n t a u e r
Landesrat

Mag.^a M i k l - L e i t n e r
Landeshauptfrau